



WIRTSCHAFTSPOLITISCHER KOMMENTAR 13/3/2015

Evolutionäre Geldreform durch Privatwährungswettbewerb

von NORBERT F. TOFALL

- Seit der Finanzkrise 2007/2008 wird viel über Geld- und Währungsreformen diskutiert. Mit der Emission von Bitcoins sind auch erste praktische marktwirtschaftliche Alternativen zum staatlichen Monopolgeld erkennbar.
- Auch nach einem Zusammenbruch unseres derzeitigen staatlichen Geldsystems wird es einige Zeit dauern, bis sich eine funktionierende marktwirtschaftliche Geldordnung entwickelt.
- Die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs wird nicht zu einem sofortigen vollständigen Verfall der staatlichen Währungen und einem Zusammenbruch unseres gesamten Finanzsektors führen.

Menschliches Handeln benötigt immer Zeit und ist nur im Zeitablauf möglich. Aus diesem Grund fällt eine marktwirtschaftliche Geldordnung auch dann nicht über Nacht vom Himmel, falls unsere derzeitige aus ungedecktem staatlichen Zwangspapiergeld bestehende Geldordnung zusammenbrechen wird. Eine marktwirtschaftliche Geldordnung kann sich nur schrittweise entwickeln.

Aber gerade deshalb ist die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und die Ermöglichung eines allumfassenden Währungswettbewerbs die wichtigste wirtschaftspolitische Forderung unserer Zeit. Denn selbst nach dem Zusammenbruch des staatlichen Geldmonopols wird es einige Zeit dauern, bis parallel zu staatlichen Währungen eine befriedigende Anzahl von privaten Währungsemissionsbanken entstanden ist, die eine ausreichende Menge

von gutem Geld emittieren können. Und die Menschen benötigen Zeit, den Umgang mit verschiedenen unterscheidbaren Währungen im Alltag zu lernen und diese parallel zu den staatlichen Währungen zu verwenden. Notabene: Hier ist von konkurrierenden Privatwährungen die Rede, nicht von staatlichen Parallelwährungen.

Bei Gewährung von vollständiger Produzenten- und Konsumentenfreiheit im Finanzsektor wird es den einzelnen Menschen ermöglicht, in dezentralen Entdeckungsverfahren zu lernen, welche Geldart je nach individueller Situation und Bedürfnis und individueller Transaktionskostensituation jeweils für sie sinnvoll ist. Da niemand freiwillig schlechtes Geld hält, wird der sich entwickelnde Währungswettbewerb die privaten, aber auch die staatlichen Geldproduzenten dazu anhalten, besseres Geld zu produzieren. Die



Produktion von schlechtem Geld und die Verschlechterung von gutem Geld wird von den einzelnen Menschen aufgrund ihrer freien Wahlmöglichkeit zwischen unterscheidbaren privaten und staatlichen Währungen, also aufgrund ihrer Konsumentenfreiheit, durch Abwanderung zu konkurrierenden Geldproduzenten und besserem Geld bestraft werden, was im derzeitigen staatlichen Papiergeldmonopol nur höchst eingeschränkt und in der Regel nur für reiche Menschen möglich ist.

Die individuelle Nachfrage nach gutem Geld würde bei einem allumfassenden Währungswettbewerb und der Möglichkeit für alle Menschen, die Produzenten von schlechtem Geld durch Abwanderung zu bestrafen, auch dazu führen, daß sich evolutionär eine neue Geldordnung entwickelt, in der die Möglichkeiten zur Geld- und Kreditschöpfung aus dem Nichts aufgrund von Wettbewerb beschränkt sind und dadurch die Wahrscheinlichkeit von gefährlichen Investitionsblasen sinkt. Hieran läßt sich auch ablesen, daß eine nachhaltige Stabilisierung unserer Volkswirtschaften schrittweise von unten – durch die dezentrale Produktion von und Nachfrage nach gutem Geld – möglich ist. Der Staat hat in diesem Stabilisierungsprozeß die Aufgabe, durch ein geeignetes Privatrecht die Vertragsfreiheit in Währungsgeschäften und Wettbewerb zwischen privaten Währungen, zwischen privaten und staatlichen Währungen und zwischen staatlichen Währungen zu ermöglichen.

Für sein eigenes Geld kann der Staat durch seine Zentralbank nach wie vor Zinssätze festlegen. Die evolutionäre Entstehung einer marktwirtschaftlichen Geldordnung würde es jedoch mehr und mehr erschweren, eine Niedrigzins- oder gar Negativzinspolitik durchzusetzen. Die privaten Emissionsbanken würden auf diese Zentralbankpolitik sofort durch höhere Zinsen

reagieren, die sich auf Höhe des natürlichen Zinses einpendeln würden, und die Geldnachfrage so in ihre Privatwährungen lenken.

Vorschriften bezüglich der materiellen Deckung von Währungen oder gar ein Goldstandard sind sowohl unnötig als auch schädlich. Denn der Wettbewerb würde die emittierenden Institutionen weit wirksamer dazu zwingen, den Wert ihres Geldes zu erhalten, als es irgendeine Verpflichtung zur Einlösung des Geldes in Gold oder andere Güter könnte. Natürlich könnte es geschehen, daß sich bei freiem Wettbewerb zwischen verschiedenen Geldarten zunächst Gold als die beliebteste Geldart erweist. Die zunehmende Nachfrage nach Gold würde aber zu einem enormen Anstieg und zu heftigen Schwankungen des Goldpreises führen, so daß Gold aufhören würde, sich als Geldeinheit für den Geschäftsverkehr und das Rechnungswesen zu eignen.

Inwieweit in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung materiell gedeckte Währungen dominieren werden, läßt sich ex ante nicht bemessen, weil die einzelnen Menschen die freie Wahl haben, sowohl gedeckte als auch ungedeckte Währungen zu produzieren oder nachzufragen. Diese Währungen werden wie zur Zeit auch über Kredite oder durch Verkauf gegen andere Währungen verfügbar gemacht. Inwieweit in einer marktwirtschaftlichen Geldordnung Kredite, die nicht durch Ersparnisse gedeckt sind, vergeben werden können, hängt vom Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach ungedeckten Währungen ab. Da niemand freiwillig auf Dauer schlechtes Geld nachfragt, ist jedoch zu vermuten, daß sich der Anteil der Kredite, die nicht durch Ersparnisse gedeckt sind, Schritt für Schritt verringern wird. Eine private Emissionsbank gefährdet durch ihre Kreditschöpfungsaktivitäten den Wert der von ihr emittierten Währung und ihre gesamte Existenz, da die privaten



Sparer zu einer konkurrierenden Währung von einer Bank wechseln können, die eine restriktivere oder gar keine Kreditgeldschöpfung betreibt.

Die sofortige Zulassung von konkurrierenden Privatwährungen und eines allumfassenden Währungswettbewerbs wird jedoch nicht zu einem sofortigen vollständigen Verfall der staatlichen Währungen, zu einem „Rennen“ aus den Staatswährungen und einem Zusammenbruch unseres gesamten Finanzsektors führen. Dieses wäre nur dann der Fall, wenn von heute auf morgen eine Situation vom Himmel fallen könnte, in der es ausreichend private Emissionsbanken gibt, die besseres als das staatliche Geld ohne Zeitverzögerung in ausreichender Menge und Verbreitung emittieren könnten, welches bei den Menschen zudem schon größeres Vertrauen erlangt haben müßte als das staatliche Geld. Um aus einer Währung sofort hinausgehen zu können, benötigt man auch sofort eine andere bessere Währung, in die man zu vertretbaren Kosten hineingehen kann.

Menschliches Handeln benötigt immer Zeit. Und bevor die staatlichen Währungen durch konkurrierende Privatwährungen Schritt für Schritt unter heilsamen Konkurrenzdruck geraten, wird eine gewisse Zeit vergehen. Aber gerade deshalb müssen wir schon heute mit der Emission von konkurrierenden Privatwährungen beginnen. Wir haben keine Zeit zu verlieren.



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch AG dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch AG selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch AG. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch AG nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch AG

© 2015 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch AG, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *Vorstand* Dr. Bert Flossbach, Kurt von Storch, Dirk von Velsen; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 30 768 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autor* Norbert F. Tofall; *Redaktionsschluss* 15. März 2015